

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Interview: Gitta Düperthal
25.02.2020

Aus: [Ausgabe vom 25.02.2020](#), Seite 2 / Ausland
Freiheit für Julian Assange

«Demokratie und Recht stehen auf dem Spiel»

Schriftstellervereinigung PEN setzt sich für die Freilassung von »Wikileaks«-Gründer Julian Assange ein. Ein Gespräch mit Ralf Nestmeyer



Hannah McKay/REUTERS

Die Schriftstellervereinigung PEN fordert die Freilassung von »Wikileaks«-Gründer Julian Assange

Ralf Nestmeyer ist Vizepräsident und »Writers in Prison«-Beauftragter des deutschen PEN

Die Schriftstellervereinigung »Poets, Essayists, Novelists«, PEN, hat am vergangenen Freitag zum Auftakt der Anhörungen im Auslieferungsverfahren des »Wikileaks-Gründers« Julian Assange mit zwei Lichtprojektionen auf Wände der britischen und der US-amerikanischen Botschaft in Berlin gegen dessen Inhaftierung protestiert. Welche Bedeutung hat das am Montag in London begonnene Verfahren gegen ihn?

Julian Assange droht die Auslieferung in die USA. Damit verbunden drohen ihm dort wiederum bis zu 175 Jahre Haft oder womöglich sogar die Todesstrafe. Dagegen versuchen wir nun gemeinsam mit anderen Organisationen, darunter Amnesty International, zu protestieren und die Öffentlichkeit aufzurütteln.

Die Schriftzüge »Protect Whistleblowers« und »Free Julian Assange« prangten am Freitag auf den Botschaftsgebäuden. Was halten Sie dem Publizisten Assange zugute, weshalb fordern Sie seine Freilassung?

Es darf nicht sein, dass jemandem wie Assange lebenslänglich Gefängnis droht, weil er es ermöglicht hatte, Dokumente publik zu machen, die auf Kriegsverbrechen der US-Streitkräfte während der Kriege gegen den Irak und Afghanistan hinweisen. Die US-Justiz wirft Assange vor, der Whistleblowerin Chelsea Manning geholfen zu haben, hierzu geheimes Material von US-Militäreinsätzen zu veröffentlichen. Ein solches Bedrohungsszenario soll jedem Journalisten vor Augen führen, was ihm widerfahren würde, wenn er durch Whistleblower Kenntnis von Geheimnissen erhalten sollte. Genau das will offenbar die US-Regierung vermitteln. Die Zeit drängt, dass wir uns jetzt für Assange einsetzen: Eine ganz normale demokratische Informationspolitik darf für einen Publizisten nicht im Gefängnis enden.

Sie kritisieren auch den Umgang der britischen Justiz mit dem gebürtigen Australier?

Julian Assange ist ein politischer Gefangener. Zur Zeit sitzt er unter menschenunwürdigen Bedingungen im Londoner Belmarsh-Hochsicherheitsgefängnis in Einzelhaft. Er hat nur eine Stunde Hofgang, kaum Kontakt nach außen, keinen Computer oder Zugang zu Informationen. So macht sich die britische Justiz zum willfährigen Handlanger der US-amerikanischen Behörden.

Was ist zu Assanges jüngster Geschichte zu sagen?

Um einer Auslieferung in die USA zu entgehen, war er 2012 in die ecuadorianische Botschaft in London geflüchtet. Damals lag gegen ihn ein europäischer Haftbefehl wegen Vergewaltigungsvorwürfen in Schweden vor. Die Ermittlungen wurden eingestellt. Die britische Polizei verhaftete ihn im April 2019, seither sitzt er dort im Gefängnis.

Wie werten Sie das Vorgehen gegen Assange politisch?

Aus unserer Sicht soll er zum Schweigen gebracht werden. Mutmaßlich will man mit Assange ein Exempel statuieren und so auch künftig andere Whistleblower davon abhalten, zu handeln. Insgesamt geht es um einen Angriff auf unsere Meinungs- und Pressefreiheit. Genauer gesagt: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen auf dem Spiel. Es geht hierbei also vermutlich darum, Druck auszuüben, damit über solche Vorfälle nicht mehr berichtet wird. Das aber könnte für den Journalismus generell gravierende Folgen haben. Stichwort »Panama-Papers«. In dem Fall hatte ein Journalist geheime Dokumente zugespielt bekommen. Dann schlossen sich Kollegen renommierter Zeitungen zu einem Rechercheteam zusammen. Eine solche Berichterstattung muss weiterhin möglich sein. In Fall Assange geht es um mehr: Viele Regierungen weltweit haben ein Interesse daran, dass in ihrem Auftrag verübte Folter und Kriegsverbrechen nicht ans Tageslicht kommen.

Haben Sie Hoffnung, dass Assange freikommen könnte?

Als deutscher PEN haben wir unsere CDU/CSU-SPD-Bundesregierung aufgefordert, ihm Asyl zu gewähren. Sie scheint aber skeptisch zu sein, hat Befürchtungen, den NATO-Partner USA zu verärgern. Wir fordern, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, SPD, sich für Assange einsetzen. Außenminister

Heiko Maas, SPD, sollte sich deutlich positionieren. Wir hoffen, dass der internationale Druck für Assanges Befreiung bei den britischen Behörden ankommt.